Anlage 2

Aktenvermerk

über eine Beratung am 02.06.2006

zur Abklärung einiger Fragen zur Ausbauplanung der Hauptstr. und Breiten Str. in Pechau

Teilnehmer: Hr. Domeland
Hr. Kriegenburg
Hr. Lingener
Hr. Besecke
Hr. Fricke
Fr. Meyer

Die Beratung diente der Erläuterung des Verwaltungshandelns zu Bedenken des Orsrates sowie der Aufnahme von Hinweisen zu einigen Details der in der Bürgerinformationsveranstaltung am 09.05.06 vorgestellten Straßenausbauplanungen der Hauptstr. (Mittelteil) und der Breiten Straße.

1.) Wir halten eine Verringerung der Straßenbreite auf 5,50 m nicht für gut, die vorhandenen Querschnitte sollten beibehalten werden. Die Wendeschleife muss in den Ausbau mit einbezogen werden, da das vorhandene Pflaster sowohl beschädigt ist als auch eine Lärm- und Erschütterungsquelle darstellt. Auf Poller an den Straßenrändern sollte verzichtet werden.

Die Begrenzung der zulässigen Geschwindigkeit auf 30 km/h, sowie der für diesen Straßentyp maximal notwendige Begegnungsfall LKW/LKW (5,50 m) sind auch bei Beachtung des zeitweiligen landwirtschaftlichen Verkehrs für einen Straßenumbau nach jetzt geltendem Vorschriftenwerk ausreichend. So z. B. würde eine Fahrbahnbreite von 6,00 m eine ständig betriebene Buslinie (Begegnungsfall Bus/Bus) erfordern, was hier nicht der Fall ist. Auch das Parken ist auf der zukünftigen 5,50 m Breite möglich.

Die erst vor einigen Jahren hergestellte Wendeschleife wurde mit der Zielstellung der „Erhaltung des dörflichen Charakters der Straßen“ in der Natursteinpflasterbauweise befestigt. In der Verwaltung wird noch geprüft, ob die vorhandene Befestigung aus städtebaulichen und technischen Aspekten so bleiben soll oder mit Asphalt überzogen werden kann.

Weiterhin wird in Bezug auf die zukünftige Tiefe der Entwässerungsmulden, deren Gefahrenpotential (bei Abkommen von der Fahrbahn) sowie die Zerstörung des Bankettes durch Befahrung die Anordnung von Pollern bei der weiteren Planung kritisch hinterfragt.

2.) Die Verbreiterung der Gehwege von jetzt 1,20 m auf 1,50 m ist unnötig. Außer zusätzlichen Kosten und Flächenversiegelungen sind keine positiven Effekte erkennbar. Rollstuhlfahrer können die reichlich vorhandenen Grundstückseinfahrten zum Ausweichen nutzen.

Da die vorh. Straßenaumbreite vorhanden ist, einen Gehweg in der Mindestbreite von 1,50 m anzulegen, hat die Bauverwaltung die Pflicht dazu. (Durch TBA ist ein Versicherungsfall als Beispiel beizubringen.)

3.) Die Grundstückseinfahrten, von denen einige nicht mehr erforderlich sind, sollten wie in allen anderen neu gebauten Einfahrten im Dorfkern auch in Pflaster hergestellt werden. Dazu kann das vorhandene Straßenpflaster genutzt werden.

Zum Erhalt des dörflichen Charakters ist die Befestigung mit dem vorhandenen Großpflaster in den Zufahrten eine Zielstellung. Die Herstellung der Gehwege erfolgt nach heutigen Standards dominierend über der Befestigung der Grundstückszufahrten. D. h.: Die Gehwege werden an den Grundstückszufahrten durchgängig mit Betonpflaster hergestellt. Da in der Beratung diese Frage kontrovers diskutiert wurde, wird nochmals eine Rücksprache mit dem Stadtplanungsamt zu dieser Gestaltungsfrage geführt.

4.) Erhebliche Bedenken gibt es gegen die geplante Fällung der Straßenbäume auf der Westseite der Hauptstraße. Wir halten einen Ausbau der Hauptstraße auch ohne Baumfällungen für möglich.

Der grundsätzliche Erhalt einer Baumreihe auf der Ostseite ist Zielstellung.

Es wurde durch Herrn Besecke erläutert, dass auf der Westseite der Hauptstraße grundsätzlich kein radikaler Kahlschlag vorgesehen ist. Wegen der bisherigen Erfahrungen der Baubehörde hat sich jedoch gezeigt, dass Baumaßnahmen (Abschachtungen für Bordanlagen) im Saugwurzelbereich in vielen Fällen zum Absterben der Bäume führen. Daher werden auf Bürgerinformationsberatungen die maximal zu erwartenden Fällungen dargestellt, um die Anlieger auf den schlimmsten Fall vorzubereiten. Andererseits wird mit dieser Verfahrensweise gesichert, dass ein geordnetes Neupflanzen der neuen Bäume Inhalt der Straßenbaumaßnahme ist und durch spätere Nachpflanzungen kein unregelmäßiges Straßenbild entsteht.

Es wurde Übereinstimmung erzielt, dass im weiteren Verlauf der Planung die Abprüfung jeden einzelnen Baumes durch den verantwortlichen Sachverständigen der Bauverwaltung erfolgen wird mit dem Ziel der möglichst maximalen Erhaltung vieler (aller) Bäume. Zu diesen „vor- Ort- Besichtigungen“ wird der Ortschaftsrat rechtzeitig eingeladen.

5.) Für die Gestaltung des Kreuzungsbereichs Hauptstraße – Breite Straße favorisiert der Ortschaftsrat die Variante ohne Stahlgittermast. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob nicht die in der Breiten Straße vorhandene Freileitung gänzlich durch Erdkabel ersetzt werden kann, um spätere Tiefbauarbeiten zu vermeiden. Beibehalten werden soll die Busbucht.

Für den Umbau der Einmündung ist die AVACON folgepflichtig. Hier gibt es bereits eine Zusage der AVACON: Der Gittermast kommt weg! Ob die gesamte Anlage tatsächlich erdkabelt werden kann derzeit noch nicht sicher gesagt werden, da die Stadt Magdeburg nicht die Macht hat dies einzufordern.

Obwohl in der Bürgerversammlung der Vorschlag zum Wegfall der Busbucht von den Anliegern positiv aufgenommen wurde, kann die Bauverwaltung die Busbucht auch beibehalten, da u. U. doch die verkehrlichen Vorteile überwiegen (besserer Begegnungsfall: Bus/ LKW).

6.) Die Erweiterung der Gehwege im unmittelbaren Kreuzungsbereich erscheint uns nicht notwendig. Die offiziellen Übergangsmöglichkeiten sollten weiterhin außerhalb der Kreuzung liegen.

Beim Bogenende des Gehweges aus der Hauptstr. in die westl. Breite Str. ist ein Ende möglich, wobei die sichere Querungsmöglichkeit für den Fußgänger nach Norden aber zu gewährleisten ist.